

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/198

Bonn, den 14. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Mehr als eine moralische Frage ----- Eine Rechnung, die noch nicht vorgelegt werden kann	70
3	Lex München ----- Münchner CSU braucht mehr Stadträte	29
4	Illusionen oder Realitäten ? ----- Französisch-jugoslawischer Dialog Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	51
5 - 6	Ein Jahr Labour Regierung ----- Vertrauen zur Regierung wächst Von Fritz Segall, London	93

Mehr als eine moralische Frage

Eine Rechnung, die noch nicht vorgelegt werden kann

ler - Die Unionsparteien werden zusammen mit den Freien Demokraten die neue Regierung unter der zweiten Kanzlerschaft Erhards bilden. Diesen Auftrag der Wähler lesen sie aus dem Wahlergebnis des 19. September heraus. Die Deutsche Sozialdemokratie steht - zunächst - außerhalb aller Regierungskombinationen, sie muß sich mit der Rolle der Opposition, einer sehr wichtigen Rolle, begnügen. Warum sich die Wähler so und nicht anders entschieden, wird die Politologen, Meinungsforscher und Soziologen noch lange beschäftigen, es wird darüber, für das jetzige geschäftige Treiben im Vorhof der Regierungsbildung freilich ohne Belang, so manche Doktordissertation geben.

Erhard gewann den Sieg über seinen von den Sozialdemokraten aufgestellten Gegenkandidaten Willy Brandt. Der Regierende von Berlin litt unter einem Handicap, das sich für ihn und seine Partei nachteilig auswirkte. Schon im Wahlkampf 1961 züchteten die CDU/CSU Ressentiments gegen die Emigration und gegen Emigranten. Schon damals blieb diese unterschwellige Propaganda nicht ohne Wirkung. Auch in diesem Wahlkampf mußte die Emigration als Propagandawaffe herhalten. Parteioffiziell geschah das natürlich nicht. Das besorgte schon eine Flüsterpropaganda. So mancher Wähler stieß sich daran, daß die SPD einen Emigranten zum Kandidaten aufstellte, einen Mann, der während Deutschlands dunkelster Zeit für Recht und Freiheit seines Volkes außerhalb des eigenen Vaterlandes kämpfte, einen Mann, der keine Kompromisse mit der Diktatur schloß und der allein schon, wie viele andere auch, durch sein Wirken das Vorhandensein eines anderen und besseren Deutschland bezeugte als jenes Deutschland, das eine braune Verbrecherbande repräsentierte und in den Abgrund stürzte. Das mag in den Augen vieler unserer Bürger als verdienstvoll gelten, gilt aber gleichzeitig als ein Hindernis für den Zugang zu den höchsten Staatsämtern.

Viele Männer und Frauen in den Unionsparteien wissen, was die Emigration und der Widerstand gegen das Dritte Reich für die moralische Erneuerung unseres Volkes bedeuten. Sie zerstörten das Märchen von der Kollektivschuld des deutschen Volkes. Sie machten es möglich, daß das deutsche Volk wieder Zugang zur Gemeinschaft der freien Völker fand und daß wieder Werte zur Geltung kamen, die das Dritte Reich mit aller Brutalität auszulöschen versuchte. So mancher führende CDU-Mann stand ja auch

im Widerstand, hielt sich abseits von den Straßen der Barbarei. Das gereicht ihm zur Ehre, auch er gehört zu jenen, die die moralische Erneuerung unseres Volkes bewirkten. Und dennoch haben sie sich einer schweren Sünde, zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch, schuldig gemacht. Sie schwiegen zur Diffamierung der Emigration, sie wandten sich nicht öffentlich gegen die gegen Willy Brandt geführte Flüsterpropaganda und sie blieben auch stumm, als Bundeskanzler Erhard, zorn erfüllt und die Wirkung seines Wortes gewiß berechnend, davon sprach, er hätte schon zu einer Zeit für die Sicherheit der DM gekämpft, als "ein Herr Willy Brandt" noch nicht auf deutschem Boden stand. Jeder, der die wechselvolle Geschichte unseres Volkes kennt und die Anfälligkeit gewisser Schichten für die Demagogie, mußte über einen solchen Ausdruck eines Mannes erschrocken sein, der die Führung der deutschen Politik beansprucht. Dieses böse Wort klang an das an, was einst Kurt Schumacher in den Sterbejahren der Weimarer Republik den Appell an den inneren Schweinehund nannte. Es weckte schlafende Hunde.

Den ehemaligen Widerständlern innerhalb der Unionsparteien sollte der Bekennermut, sie schwiegen, ließen die Gemeinheit ohne Protest gewähren. Sie beugten sich einer parteiegoistisch ausgerichteten Disziplin, vergaßen ihre bessere Vergangenheit. Über den Nutzen, den diese Flüsterpropaganda gegen den Emigranten Willy Brandt den Unionsparteien brachte, übersehen sie den Schaden, den die Nation in ihrer Gesamtheit erlitt.

Unser Volk ist innerlich noch nicht zur Ruhe gekommen. Es bedarf der inneren Aussöhnung. Es muß noch mit seiner jüngsten Geschichte fertig werden, es kann der Geschichte nicht ausweichen. Das offizielle Deutschland erweist dem Widerstand und den Männern und Frauen des 20. Juli seinen Tribut und schuldige Ehrerbietung. So manche Glieder unseres Volkes haben jedoch noch nicht das rechte Verhältnis zum Widerstand gefunden, verharrten noch in alten überlebten Denkvorstellungen. Auch gibt es die ewig Gestrigen. Die Unionsparteien müssen sich schon den Vorwurf gefallen lassen, ihre Wahltaktik auch auf die Belebung von Ressentiments und Vorurteilen abgestimmt zu haben. Sie täten dies aus kurzsichtigen, wenn auch wohlbedachten Gründen und risser damit wieder vernarbte Wunden auf. Das brachte ihnen manchen Gewinn ein, aber ist er nicht zu teuer erkauft?

Lex München

Münchner CSU braucht mehr Stadträte

Rw. - Seit geraumer Zeit wurde geredet, gemurmelt, vermutet. Jetzt aber ist es ganz parteioffiziös. Die CSU wird aufgrund ihrer Mehrheit im bayerischen Landtag dafür sorgen, daß eine Lex München geschaffen wird. Nach der bayerischen Gemeindeordnung beträgt die Höchstzahl von Stadträten auch einer Großgemeinde wie die Landeshauptstadt München nur 60. Nun hat aber die SPD derzeit bereits 35 dieser Sitze inne. Dann gibt es noch einige kleine Gruppen. Die CSU ist also als Minderheit im Münchner Stadtrat nicht sonderlich gut platziert. Sie möchte gerne mehr Stadträte haben. Das würde bedeuten, daß ihre an sich nicht immer sehr sitzungsfreudigen Mandatäre etwas öfter und zahlreicher zu sehen wären.

Der einfachste Weg zu diesem Ziel wäre wohl ein Wahlsieg über die SPD bei den kommenden Gemeindevahlen im März 1966. Doch dafür sind die Aussichten nicht sonderlich günstig. Mithin wurde ein anderer Weg gesucht, eben die Lex München. Die Landeshauptstadt soll also ein Gemeindeparlament von 80 Sitzen bekommen. Das wird vermutlich an den Mehrheitsverhältnissen im künftigen Stadtrat nichts ändern. Aber die CSU hätte dann doch einige Mandatäre mehr. Und wenn sie schon nicht immer in den Sitzungen anwesend sein können, so sind auf alle Fälle mehr Foster zu vergeben und mehr Repräsentationsgelegenheiten bei Vereinstagungen aller Art gegeben. Womit man dann im Laufe der kommenden Amtsperiode ein wenig Sympathiewerbung treiben kann.

Ein kleiner Nebenumstand hat nun eine öffentliche Polemik angefacht. Bei dem Beschluß über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel (CSU) waren ganze sieben Stadträte der CSU anwesend, also weniger als die Hälfte der CSU-Fraktion im Münchner Rathaus, die immerhin 16 Sitze innehat.

Illusionen oder Realitäten ?

Französisch-jugoslawischer Dialog

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleichner

Die Besuche des französischen Informationsministers Alain Peyrefitte in Belgrad und einer jugoslawischen Parlamentarierdelegation in Paris haben den französisch-jugoslawischen Beziehungen neuen politischen Auftrieb gegeben. Mit wachsendem Wohlwollen beobachtet man nicht nur in Belgrad, sondern in vielen anderen osteuropäischen Hauptstädten die zunehmende antiamerikanische Eigenwilligkeit des Generals.

Belgrads Interesse konzentriert sich maßgeblich auf drei Punkte der französischen Außenpolitik: das Verhältnis zur afro-asiatischen, also vorwiegend blockfreien Welt, die besondere Stellungnahme im Vietnamkonflikt und die Europapolitik de Gaulles mit all ihren desintegrierenden Aspekten. Im ersten Punkt ist man sich eine Zeitlang eher ins Gehege gekommen. Die Pariser Bemühungen, die vormals französischen Kolonien in Afrika zu einer Sondergruppierung in Konkurrenz zu einer der wichtigsten afrikanischen Führer der blockfreien Welt, nämlich dem Staatschef Ghanas, Nkrumah, zu stärken, waren Belgrad aus einem gewissen Eigeninteresse heraus stets ein Dorn im Auge gewesen. Insbesondere die offene Unterstützung, die teilweise von dieser Gruppierung dem als Symbol des Neokolonialismus hier bestgehaßten Moïse Tschombo gewährt worden ist, erzeugte gelegentlich eine gewisse anti-französische Verstimmung. Aber schließlich überwog doch die Einsicht, daß die Vorgänge in Afrika unwichtig im Vergleich zu der Politik waren, die Frankreich in der Vietnam- und Europafrage betrieb.

De Gaulles Neutralisierungsideen als Lösung für den Vietnamkonflikt und insbesondere sein Versuch, die USA aus der europäischen Mitverantwortung herauszudrängen, fanden die ungeteilten Sympathien Belgrads. Paris und noch mehr Belgrad spielen dabei offensichtlich ein Spiel, die Haltung des anderen als Bestätigung für die Richtigkeit der eigenen Politik zu deuten. Zumindest die von de Gaulle angeregte "Europäisierung des Deutschlandproblems" wird in Belgrad in einer Weise präsentiert, als habe Frankreich damit bereits den Status quo - und das schließt in erster Linie die Teilung Deutschlands ein - akzeptiert. Anders ist zum Beispiel kaum zu erklären, warum die jugoslawische Presse in einem Interview mit dem französischen Informationsminister Peyrefitte jenen Passus herausließ, darin dieser als eines der Hauptprobleme für die europäische Sicherheit die Tatsache unterstrich, daß Deutschland nach zwanzig Jahren noch immer geteilt sei. Dabei hatte der Minister in einem Interview nur davon gesprochen, daß die deutsche Wiedervereinigung nur bei Überwindung des generellen Mißtrauens zwischen Ost und West möglich sein könne, worauf Frankreich eben mit seinen Ostkontakten hinarbeite.

Solche und andere kleine Hinweise deuten an, daß Frankreich in seinem begrenzten Dialog mit Osteuropa wohl noch sehr oft auf zeitweilig taube Ohren stoßen wird. Und umgekehrt beweist die Tatsache, daß sich Belgrad oder Warschau gelegentlich für den eigenen oder auch breiteren Publikumsgebrauch nur ganz bestimmte gaullistische Thesen herausgreifen oder diese recht eigensinnig interpretieren, daß vieles zwischen Paris und Osteuropa noch nicht ganz so ist, wie es gelegentlich etwas voreilig dargestellt wird. Aber wer hätte noch vor vier Jahren um einen Pfifferling gewettet, daß man einmal de Gaulle in Belgrad als "fortschrittlichen Politiker" feiern werde?

## Ein Jahr Labour Regierung

### Vertrauen zur Regierung wächst Von Fritz Segall, London.

Gegen 10 Uhr abends wurden am 15. Oktober 1964 die ersten Wahlergebnisse bekannt gegeben. Zwei Stunden später wußte Harold Wilson, daß er seine eigene Majorität in seinem Wahlkreis verdreifacht und seinen konservativen Gegner mit mehr als 20.000 Stimmen geschlagen hatte. Aber nicht vor 3 Uhr am nächsten Tage gab sich der konservative Ministerpräsident Douglas-Home geschlagen. Er fuhr von Downing Street zum Buckingham Palast, um seinen Nachfolger zu empfehlen. Etwa eine Stunde später telefonierte der Privatsekretär der Königin zum Transporthaus, dem Sitz des Parteivorstandes, und fragte Wilson: "Würde es Ihnen passen herzukommen, um ihre Majestät zu sehen?" Alsbald fuhr ein schwarzer Daimler der Königin zum Transporthaus, und ein wenig später war Harold Wilson Ministerpräsident einer Labour Regierung, die sich nunmehr ein Jahr im Amt befindet.

#### Regierung setzt sich durch

Angegriffen wird die Regierung hauptsächlich von den Schichten, die von jeher gewohnt sind, ihre eigenen Interessen über die Allgemeinheit zu stellen. Verurteilt wird ihre Arbeit aber auch von Radikalisten in den eigenen Reihen, die nicht verstehen können oder wollen, daß manche Pläne der Regierung nicht durchführbar sind, solange ihre Majorität so schwach ist, daß sie in einer Zufallsabstimmung gestürzt werden kann. Nicht ein einziges Wahlversprechen, das die Parteileitung vor einem Jahr gab, wurde bisher zurückgenommen; nur die Reihenfolge der Gesetzgebung muß infolge der schwachen Mehrheit gelenkt werden. In diesem ersten Jahre ist deutlich sichtbar geworden, daß sich die Regierung keinesfalls unter Druck setzen läßt.

#### Soziale Gesetzgebung

Selbst wenn die Regierung nach Ablauf der ersten zwölf Monate verkündet hätte, daß sie infolge der von den Tories hervorgerufenen Wirtschaftskatastrophe nichts weiter erreichen konnte als die Stabilisierung der britischen Ökonomie im In- und Ausland, wäre sie ohne Schuld geblieben. Aber nicht nur ist es ihr gelungen, die Währung zu sichern, das Defizit von 800 Millionen im Außenhandel so beträchtlich zu verringern, daß es im nächsten Jahr nicht mehr bestehen wird; es ist ihr auch im innerpolitischen Gebiet möglich geworden, vor allem im sozialen Sektor Gesetze durchzusetzen, die besonders die Altersversorgung, den Mieterschutz, die Arbeitslosenfürsorge im Zusammenhang mit den industriellen Umformungsprozessen zu verbessern. Die Kosten dieser Reformen werden nunmehr von allen Teilen des britischen Volkes und nicht wie bisher ungleichmäßig aufgebracht. In diesem, für die Regierung so überaus schwierigen Jahr wurden bisher mehr Wohnungen gebaut als im vergangenen Jahr unter der konservativen Regierung.

Es war vorauszusagen, daß das neue Finanzgesetz, das die Besteuerung seit 50 Jahren so grundlegend reformierte, von konservativer und liberaler Seite mit allen Mitteln bekämpft werden würde. Mit ihrer Mehrheit von nur drei Stimmen konnte die Labour Regierung bisher 65 Gesetze durchbringen, für die 268 Abstimmungen notwendig wurden. Bezeichnend, wenn auch nicht befremdend war die Haltung der 10 liberalen Abgeordneten, der Vertreter der "radikalen Linken", die sich in 68 Abstimmungen für die Regierung und in 157 Abstimmungen für die konservative Opposition entschieden.

Die Regierungsvorlagen für die kommende Legislaturperiode, die am 9. November beginnt, werden in ihren Einzelheiten frühestens in der Thronrede der Königin bekannt gegeben, die vor den Ministern ausgearbeitet wird. Viele von den Plänen Labours sind so umfassend, daß eine Session allein nicht ausreicht, um den Vorlagen Gesetzeskraft zu verleihen. Der nationale Plan, der sich mit dem ökonomischen, industriellen und sozialen Aufbau des britischen Wohlfahrtsstaates befaßt, die Pläne zur Reform der britischen Justiz, des Handelsrechts, des Wahlsystems und des Verkehrswesens vermitteln nur andeutungsweise die gesetzgeberischen Absichten der Labour Regierung für die nächste Zukunft.

#### Erfolge auch in der Aussenpolitik

Auch im aussenpolitischen Sektor hatte die Regierung Wilson einen Scherbenhaufen zu übernehmen. Der Fall Rhodesien zeigt auch hier, daß sich die Labour Administration keinesfalls unter Druck setzen läßt. Nach weniger als einem Jahr ist die Initiative der Downing Street wieder spürbar. Die Verbindung mit den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen wurde wieder enger und vertrauensvoller; in den Versuchen, in Afrika und Asien den Frieden zu bewahren, übte die britische Aussenpolitik einen wesentlichen Einfluß aus. Nachdem Wilson im November vor den Vereinten Nationen Einzelheiten über einen großangelegten britischen Friedensplan bekannt gibt, wird Aussenminister Stewart, der sich nicht nur während öffentlicher Konferenzen, sondern auch in persönlichen Gesprächen für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzt, "die wachsenden ökonomischen und politischen Schranken" zu überwinden versuchen, die in Europa den Handel beschränken und die Entwicklung zur Einheit Europas verhindern.

Schon in den nächsten Wochen wird Wilson eine Umbildung seiner Regierung vollzogen haben, um im Verlaufe des kommenden Jahres die Vertrauensbasis in der Wählerschaft zu verstärken.

#### Konservative Planausagen

Natürlich sind die Tories nicht untätig geblieben. Daß die Labour Regierung zu einer ihr günstig erscheinenden Zeit ein neues Mandat suchen wird, ist auch den Konservativen kein Geheimnis geblieben. Und da vor zwei Wochen Labours nationaler Plan veröffentlicht wurde, mußte auch die Oppositionspartei ein Manifest veröffentlichen, um nicht ganz und gar in den politischen Hintergrund zu geraten. Mr. Edward Heath und seine Helfer haben sich wenigstens gegenwärtig innerhalb der Parteiführung durchgesetzt. Die Würde der glaubwürdigsten Tories bietet vorsichtshalber unberücksichtigt.

Die linksliberale Morgenzeitung "Sun" bemerkt, "ganze Teile des Dokuments sind im wesentlichen Durchschläge des Labour Plans für Wohnung-, Kultur-, Land- und Verteidigungspolitik". Das konservative Abendblatt "Evening Standard" sagt unter der Überschrift "Elaupause": "Wenn in den vergangenen 12 Monaten die Konservativen auch nicht alle Antworten lernten, so haben sie doch zum mindesten begonnen, interessante Fragen zu stellen." Die erschöpfende Antwort gab bereits Harold Wilson: "Sie (die Konservativen) können nichts Neues produzieren, ohne ihre eigene Vergangenheit zu verurteilen."